

andersetzung mit den Parteimitgliedern auch weiterhin dadurch aus dem Wege gehen, daß sie versuchten, einige Fragen der Erziehungsarbeit, die sie bisher nicht lösten, weil sie nicht konsequent genug die Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen und rückständigen Auffassungen in den Mitgliederversammlungen führten, durch Abänderungsvorschläge zum Entwurf des abgeänderten Parteistatuts von sich abzudrängen.

So hat zum Beispiel Genosse Hempel die Meinung vertreten, es müsse in das neue Statut die Pflicht zum Tragen des Parteiabzeichens in jeder Lage einbezogen werden. Es ist eine Selbstverständlichkeit, die Parteimitgliedschaft muß im gesamten Leben des Parteimitgliedes durch Taten zum Ausdruck kommen. Es genügt nicht, mit der Partei nur nach außen hin verbunden zu sein, sondern im Innern muß man mit der Partei fest verbunden und verwachsen sein.

Genosse Paul Grunt machte den Vorschlag, es wäre wünschenswert, die Pflichtliteratur mit in den Mitgliedsbeitrag einzubeziehen. Dann würde es nicht Vorkommen, daß sich Genossen vom Kauf der Literatur drücken oder Literatur ungelesen in den Schächten und Betrieben umherliegen lassen.

Hierzu gibt es noch andere Beispiele. Diese Genossen versuchten den bestehenden Schwächen der bisherigen Erziehungsarbeit und Auseinandersetzungen mit passiven Mitgliedern sowie über falsche Auffassungen aus dem Wege zu gehen. Sie versuchten durch diese Vorschläge aus dem neuen Parteistatut ein Instrument des Kommandierens und Administrierens zu machen. Diese Methode ist strengstens zu verwerfen, dagegen ist ein prinzipieller Kampf zu führen, weil es einfach falsch und nicht zulässig ist, daß einige Parteileitungen oder Parteimitglieder versuchen, mit dem abgeänderten Parteistatut das teilweise noch bestehende Administrieren und Kommandieren in einigen Parteileitungen durchzusetzen. Diese Genossen haben eine der wichtigsten Hauptfragen im Entwurf des abgeänderten Parteistatuts noch nicht ganz begriffen. Sie haben noch nicht erkannt, daß uns das abgeänderte Parteistatut die Grundlage gibt und alle Parteileitungen, Parteimitglieder und Kandidaten verpflichtet, die marxistisch-leninistische Erziehungsarbeit auf einer höheren Stufe durchzuführen.

Deshalb ist es auch nicht richtig, wenn von einigen Genossen das Parteistatut in erster Linie als ein Mittel der Bestrafung und nicht